

WISO

Nr. 1/26
Mai 2026
49. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt: Stellschrauben am Arbeitsmarkt

Manuel Kaufmann, Rudolf Moser, Dennis Tamesberger: Industrie in der Rezession • *Mario Becksteiner:* KI und Arbeitsmarktqualifikation • *Hubert Eichmann, Wolfgang Mayer:* Grüne Berufswanderkarten für Beschäftigte in der Fahrzeug-Branche • *Thomas Pilgerstorfer:* Diskriminierung Älterer am österreichischen Arbeitsmarkt • *Franz Ferdinand Eiffe, Karel Fric, Dragos Adascalitei, Tina Weber:* Arbeitsqualität Älterer in der EU • *Carina Altreiter, Vera Glassner:* Grenzen der Verfügbarkeit • *Torben Krings:* Zuwanderung im Spannungsfeld • *Thomas Lankmayer, Sandra Rigler:* Bedürfnisse Langzeitbeschäftigungsloser in OÖ • *Rainer Eppel, Helmut Mahringer:* Temporäre Layoffs in Österreich

WISO Praxisforum

Katharina Mitterlehner: Arbeitslose Menschen: Sanktionieren oder wirksam unterstützen? • *Robert Walasinski:* Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Essenzustellung • *Timna Reisenberger:* Unterstützungsbedarfe junger Menschen beim Übergang in den Arbeitsmarkt • *Laura Wiednig:* Gleichstellung von Frauen

Die österreichische Industrie in der Rezession – Arbeitsmarktfolgen und industriepolitische Handlungsmöglichkeiten

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung | 20 |
| 2. Datenbeschreibung | 21 |
| 3. Beschäftigungsentwicklung | 21 |
| 3.1 Österreich | 21 |
| 3.2 Regionale Unterschiede | 22 |
| 4. Entwicklung der Wertschöpfung | 26 |
| 5. Entwicklung der Arbeitslosigkeit | 28 |
| 5.1 Regionale Unterschiede | 31 |
| 5.2 Sozialstruktur der Arbeitslosen in der Industrie | 33 |
| 6. Industriestrategie als Lösung | 35 |
| 6.1 Die Herausforderungen in der Industrie | 35 |
| 6.2 Die Industriestrategie Österreich 2035 | 35 |
| 6.3 Österreich braucht eine High-Road-Industriestrategie | 38 |
| 7. Fazit | 41 |

Manuel Kaufmann, Rudolf Moser und Dennis Tamesberger

Die Autoren arbeiten in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich: Mag. Manuel Kaufmann ist Referent für Industriepolitik, Mag. Rudolf Moser ist Referent für Arbeitsmarktpolitik, MMag. Dr. Dennis Tamesberger ist der Leiter des Teams Sozialpolitik.

1. Einleitung

In Österreich arbeiten über 600.000 Menschen in der Industrie – genauer gesagt in der Wirtschaftsklasse Herstellung von Waren. Hinzu kommen noch rund 80.000 Menschen, die indirekt über die Arbeitskräfteüberlassung in der Industrie tätig sind. D. h., rund jeder sechste unselbständig Beschäftigte in Österreich ist in der Industrie angestellt. Dies ist international ein relativ hoher Wert (ILO 2025). Die starke industrielle Basis trägt maßgeblich zur Wertschöpfung bei. Die Industrieproduktion in Österreich hat zwischen den Jahren 2000 und 2023 um fast 70 Prozent zugenommen. Das ist eine deutlich bessere Performance, als z. B. Deutschland oder auch Dänemark aufweisen (Marterbauer 2025).

*Industrie
in der Krise?
Pauschalaussagen
erschweren die
Entwicklung einer
Lösungsstrategie*

Seit 2023 befindet sich Österreich jedoch in einer Rezession und die Industrieproduktion ist rückläufig. Es überschlagen sich die Krisenmeldungen für Arbeitsmarkt, Industrie und besonders betroffene Bundesländer wie Oberösterreich. Insolvenz- bzw. Kündigungsmeldungen von großen Betrieben wie von KTM oder Lenzing sind durch eine ideologisch geführte Diskussion über einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit durch die Lohnentwicklung (Marterbauer 2025) geprägt und vermitteln den Eindruck eines Niedergangs der Industrie in Österreich. Die Diskussion (Rauscher 2025) verschleiern, dass es nach wie vor hohe Gewinne¹ gibt und dass die Folgen der Rezession regional sehr unterschiedlich sind. Gleichzeitig erschweren die Pauschalaussagen und Krisenmeldungen die Entwicklung einer längerfristigen Lösungsstrategie.

Der vorliegende Beitrag versucht, diese Lücke zu schließen und ein differenziertes Bild über die Industrieentwicklung der letzten Jahre zu zeichnen. Dabei legen wir einen Fokus auf den Arbeitsmarkt. Leitend hierfür sind folgende Fragestellungen.

- Wie hat sich die Beschäftigung in der Industrie entwickelt?
- Wie hat sich die Arbeitslosigkeit entwickelt?
- Welche regionalen Unterschiede lassen sich feststellen?

Aufbauend auf diesem analytischen Teil und der Einordnung der aktuellen Situation der Industrie in Österreich entwickeln wir einige strategische Überlegungen, die für eine längerfristige, prosperierende Industrieentwicklung förderlich sind. Der Artikel wirft einen ersten

differenzierten Blick auf die von der Bundesregierung veröffentlichte Industriestrategie (BMIMI 2026) und versucht, Stärken und Lücken zu identifizieren. Dadurch sollen faktenbasiert Denkanstöße rund um die Diskussion über die Zukunft der Industrie in Österreich eröffnet werden.

2. Datenbeschreibung

Die verwendeten Arbeitsmarktdaten sind Registerdaten des Arbeitsmarktservice (AMS) bzw. des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger, die von AMIS (Arbeitsmarktinformationssystem) abgerufen wurden. Die Definitionen von „unselbständig beschäftigt“ oder „arbeitslos“ folgen der nationalen Definition in Österreich (siehe dazu im Detail Gumbrecht 2016). Zudem werden einige Indikatoren aus der Konjunkturstatistik herangezogen, die regelmäßig von der Statistik Austria erhoben und publiziert werden. Dabei ist es üblich, dass die Branchen Bergbau und Herstellung von Waren gemeinsam dargestellt werden.

Da wir in diesem Artikel Daten aus dem Zeitraum 2008 bis 2025 analysieren, müssen wir auf Zeitreihenbrüche hinweisen. So gilt seit 1.1.2025 die ÖNACE-2025 Klassifikation mit Veränderungen bei der Branchen-Zuordnung. Herstellung von Waren ist die Wirtschaftsklasse C. Die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften war bis 2024 N 78 und ist ab 2025 O 78. Hierbei kommt es in der Zeitreihe zu Unschärfen bei Darstellungen auf Wirtschaftsklassen- oder auf ÖNACE-2-Ebene. Die generelle Aussagekraft bleibt aber weitgehend unverändert.

3. Beschäftigungsentwicklung

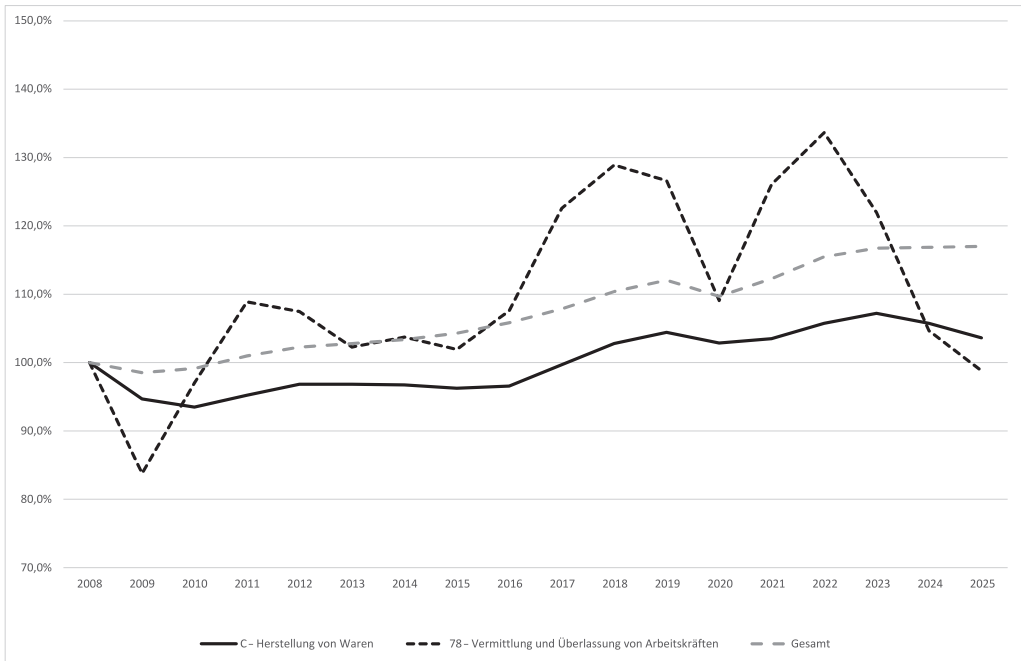
3.1 Österreich

Betrachtet man nicht nur die Medienberichte über wirtschaftliche Schwierigkeiten und damit verbunden drohende Kündigungen bei einzelnen Unternehmen, sondern betrachtet man ganz Österreich, so ergibt sich folgendes Bild: Trotz Konjunkturflaute ist auch 2025 die Gesamtbeschäftigung minimal gestiegen. Im Bereich der Herstellung von Waren jedoch sind im vergangenen Jahr rund 13.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. In Relation zur gesamten Beschäftigung in der Branche bedeutet das einen Rückgang um 2 Prozent. Im Jahr 2024

*Verlust von 13.000
Arbeitsplätzen im
Produktionssektor*

– ebenfalls schon ein Rezessionsjahr – sank die Beschäftigung in der Industrie um 1,3 Prozent. Zur besseren Einordnung ist es hilfreich, einen längeren Zeitraum zu betrachten – in der Abbildung 1 ist die Beschäftigungsentwicklung seit 2008 dargestellt. Dabei sieht man, dass der Beschäftigungsverlust im Gefolge der Finanzkrise 2008 deutlich markanter war und dass die aktuelle Entwicklung alles andere als erfreulich, aber die Sachgüterproduktion kein Auslaufmodell in Österreich oder Europa ist. Von den Konjunkturschwankungen stark betroffen ist vor allem auch die Arbeitskräfteüberlassung, da ja viele Unternehmen überlassene Arbeitnehmer:innen gezielt zum Ausgleich von Auftragschwankungen einsetzen.

Abbildung 1:
Beschäftigungsentwicklung in Österreich



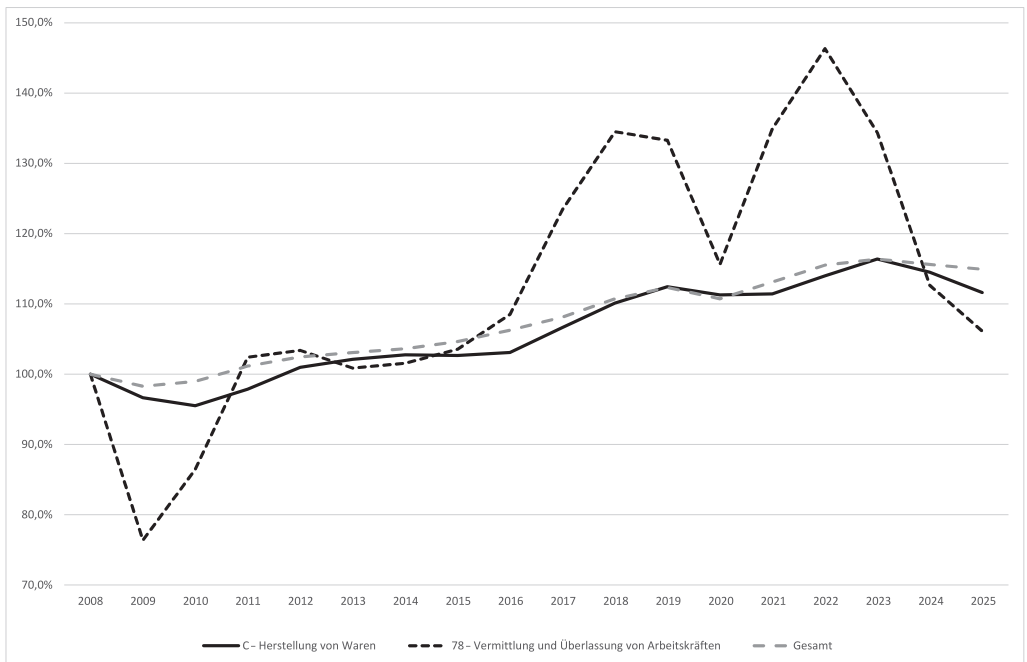
Quelle: AMIS Arbeitsmarktinformationssystem, unselbständig Beschäftigte, Basis 2008

3.2 Regionale Unterschiede

Betrachtet man Oberösterreich als „Industriebundesland Nr. 1“, so erkennt man eine grundsätzlich ähnliche Entwicklung mit ein paar Besonderheiten. So fällt auf, dass die Beschäftigungsentwicklung

im Bereich der Warenherstellung sich nur geringfügig von jener in der Gesamtwirtschaft unterscheidet, was mit dem hohen Anteil der Sachgütererzeugung zusammenhängt. 2025 gingen rezessionsbedingt rund 4.500 Industriearbeitsplätze in Oberösterreich verloren (während in den anderen Wirtschaftsbereichen die Beschäftigung stabil blieb). Trotz der anhaltenden Rezession liegt die Beschäftigung in Oberösterreich – auch in der Warenherstellung und der Arbeitskräfteüberlassung – nach wie vor über dem Niveau der Jahre 2008 bis 2016.

Abbildung 2:
Beschäftigungsentwicklung in Oberösterreich



Quelle: AMIS Arbeitsmarktinformationssystem, unselbständig Beschäftigte, Basis 2008

Betriebe können auf Auftragsrückgänge mit Beschäftigtenabbau reagieren, aber auch durch Abbau von Überstunden bzw. Umstieg von Vollzeit- auf Teilzeitbeschäftigung das Arbeitsvolumen anpassen.

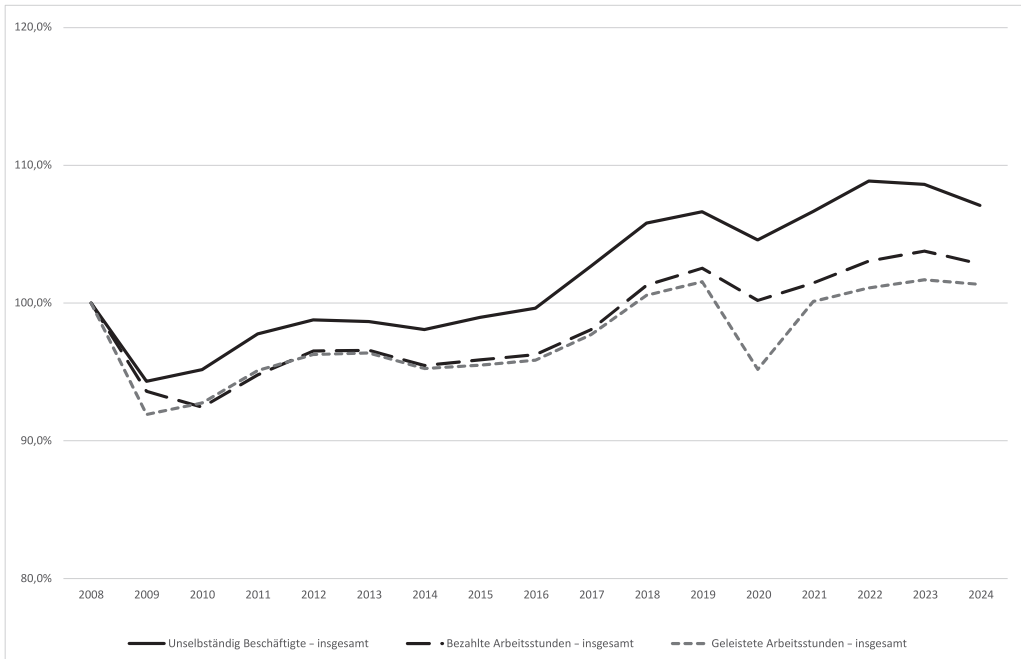
Die Daten aus der Konjunkturstatistik zeigen für den Bereich der Warenherstellung inklusive Bergbau keinen auffälligen Rückgang beim Arbeitsvolumen. Als längerfristiger Trend ist erkennbar, dass das Arbeitsvolumen langsamer wächst als die Zahl der Beschäftigten

Beschäftigung und Arbeitsvolumen in Oberösterreich sind weiterhin über dem Vor-Corona-Niveau

und im Vergleich zum Jahr 2008 stabil blieb. Dass die Differenz zwischen bezahlten und geleisteten Stunden minimal ist, überrascht nicht. Einziger „Ausreißer“ diesbezüglich ist die Corona-Phase aufgrund der Kurzarbeit und Lockdowns.

Betrachtet man wiederum das Industriebundesland Oberösterreich, so fällt auf, dass sich sowohl Beschäftigung als auch Arbeitsvolumen nach der Finanzkrise 2008 rascher und deutlich stärker erholt haben als bundesweit. Der „Corona-Einschnitt“ verläuft parallel, der anschließende Aufschwung in Oberösterreich wiederum ausgeprägter als in Gesamtösterreich. Von einem Ende der Industrieära in Oberösterreich ist in der Abbildung nichts zu sehen – Beschäftigung und Arbeitsvolumen liegen derzeit über dem Vor-Corona-Niveau und auch erheblich über dem Niveau von 2008.

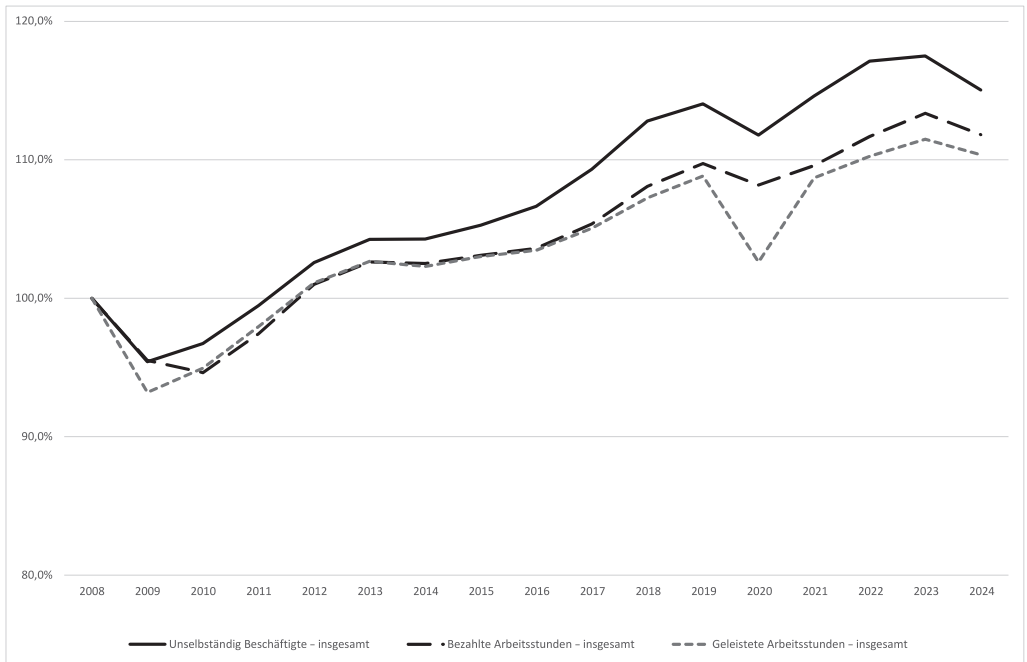
Abbildung 3:
Beschäftigte und Arbeitsvolumen im Bereich Warenherstellung und Bergbau – Österreich



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik STATcube, Jahresdurchschnitte – Basis 2008

Abbildung 4:

Beschäftigte und Arbeitsvolumen im Bereich Warenherstellung und Bergbau – Oberösterreich



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik STATcube, Jahresdurchschnitte – Basis 2008

Eine ähnliche Entwicklung wie in Oberösterreich zeigt sich auch in Vorarlberg und der Steiermark – beides ebenfalls Bundesländer mit starkem Produktionssektor. Die niederösterreichische Sachgüterproduktion brauchte länger, um die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 zu überwinden – die Beschäftigung liegt derzeit auf dem Niveau von 2008, das Arbeitsvolumen sogar darunter. Eine stetige positive Entwicklung, die sogar bis 2024 anhielt, verzeichnete die Warenherstellung in Tirol: Sowohl Beschäftigung als auch Arbeitsvolumen liegen deutlich über dem Niveau von 2008 und etwa auf dem Niveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Salzburg und das Burgenland weisen eine stabile Entwicklung auf. In Wien hingegen sind die Beschäftigung und auch das Arbeitsvolumen nahezu kontinuierlich über den Beobachtungszeitraum gesunken.

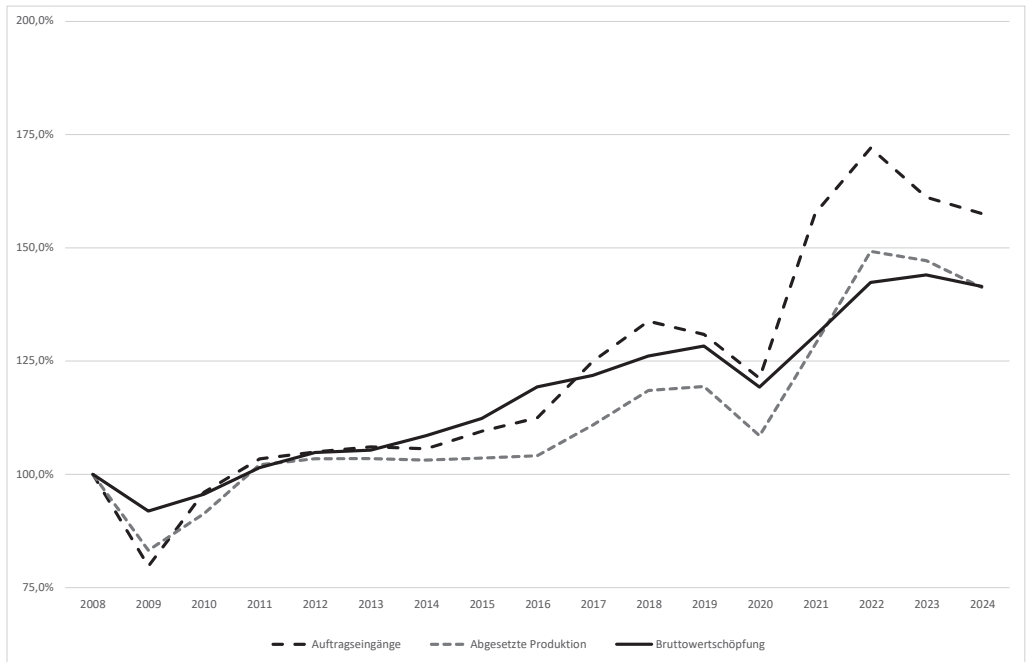
4. Entwicklung der Wertschöpfung

*Management-
fehler und
Sondersituationen
in einzelnen
Marktsegmenten
sind für geballte
Kündigungen
verantwortlich*

Die mediale Aufmerksamkeit, die die massiven wirtschaftlichen Probleme einzelner Firmen ausgelöst haben, führt gelegentlich zu nicht zulässigen Verallgemeinerungen. Viele Unternehmen im Bereich der Sachgütererzeugung haben die Rezession gut und erfolgreich bewältigt – davon liest und hört man nur wenig. Offensichtlich sind Insolvenzen bzw. Kündigungswellen eher auf Managementfehler (KSV 2025) oder Sondersituationen in einzelnen Marktsegmenten zurückzuführen als auf massiven, generellen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich. Bei wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren für den Bereich der Herstellung von Waren (inklusive Bergbau) verursacht die aktuelle, anhaltende Rezession zweifellos einen markanten Dämpfer, der allerdings nicht ausgeprägter ist als jener in der Finanzkrise 2008/09 oder in der Corona-Phase 2020. Typischerweise unterliegen die Auftragseingänge stärkeren Schwankungen als die – zeitverzögert – tatsächlich produzierten und abgesetzten Güter. Den glattesten Verlauf dieser Kennzahlen weist die Bruttowertschöpfung auf. Nominell liegen alle diese Indikatoren 40 bis 60 Prozent über dem Ausgangsniveau 2008. Auch unter Berücksichtigung der Preissteigerungen in diesem Zeitraum ist diese Entwicklung als „Erfolgsstory“ einzustufen.

Abbildung 5:

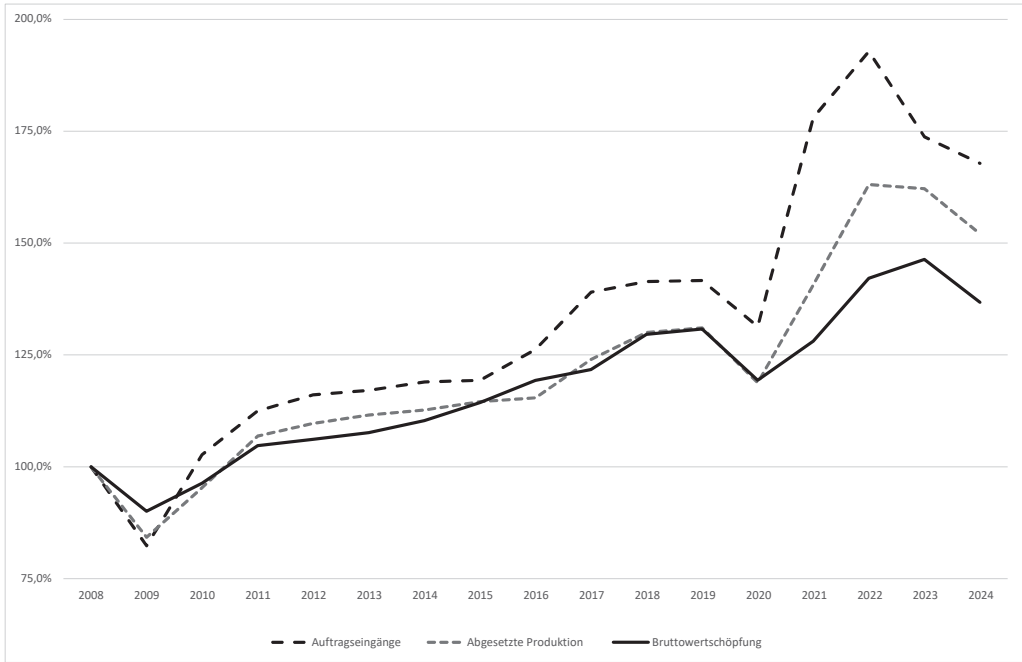
Konjunkturentwicklung im Bereich Herstellung von Waren und Bergbau – Österreich



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik STATcube (ÖNACE Wirtschaftsklassen B + C)

Erwartungsgemäß sind die aktuellen rezessionsbedingten Auswirkungen im Industriebundesland Oberösterreich ausgeprägter als im Gesamtdurchschnitt von Österreich. Ein Vergleich der Entwicklungen in den Bundesländern zeigt wiederum einige Parallelen, aber auch bemerkenswerte Unterschiede. Dies lässt sich am plausibelsten damit erklären, dass einzelne (bedeutende) Unternehmen bzw. Branchen unterschiedlich erfolgreich mit der aktuellen Rezession zurechtkommen, wobei anzumerken ist, dass in manchen Branchen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich günstiger sind als in anderen (Beispiel Pharmaindustrie gegenüber Autoindustrie).

Abbildung 6:
Konjunkturentwicklung im Bereich Herstellung von Waren und Bergbau – Oberösterreich



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik STATcube (ÖNACE Wirtschaftsklassen B + C)

5. Entwicklung der Arbeitslosigkeit

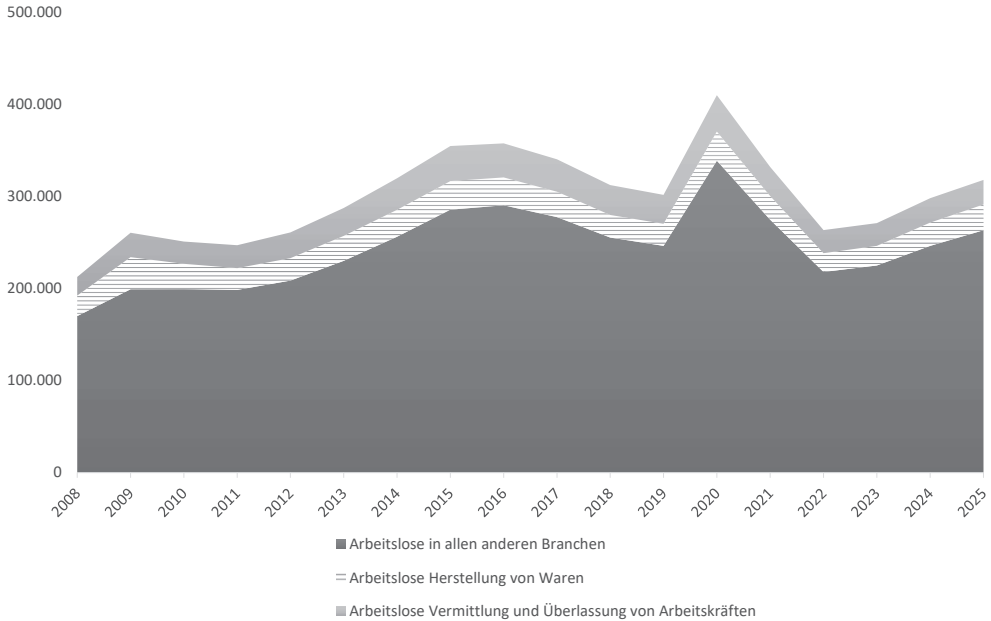
Dieser Abschnitt widmet sich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und insbesondere wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Industriebranchen analysiert. Unter der Industrie fassen wir grob die Wirtschaftsklasse Herstellung von Waren und zusätzlich auf ÖNACE-2-Ebene die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften zusammen. Die Berücksichtigung dieser zwei Branchen ermöglicht ein grobes Bild über die Betroffenheit der Industrie im aktuellen Wirtschaftseinbruch; wie sich aber auch zeigen wird, gibt es bei diesen beiden Branchen Unterschiede, die beachtet werden müssen.

Im Jahresdurchschnitt 2025 waren 317.540 Menschen in Österreich beim AMS als arbeitslos gemeldet. Nicht berücksichtigt sind hier die Schulungsteilnehmer:innen (das waren 76.496 Personen) und jene Personen, die „out of labour force“ oder in der stillen Reserve (siehe dazu Bacher et al. 2022) sind. In den drei Jahren Rezession bzw. Stagnation stieg die Arbeitslosigkeit um 54.419 Personen bzw. 21 Prozent. Dies ist ein erheblicher Anstieg, aber bei einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass es einige Jahre gegeben hat, wo das Problemausmaß größer war (z. B. 2015–2017 oder 2020–2021).

*Erheblicher Anstieg
der Arbeitslosigkeit
in drei Jahren
Rezession*

In Bezug auf die Industrie zeigt sich folgendes Bild: In der gesamten Industrie waren im Jahr 2025 54.518 Menschen arbeitslos. Im Vergleich zum Jahr 2022 vor der Rezession ist dies ein Anstieg um rund 9.000 Arbeitslose bzw. 19,8 Prozent. In der Herstellung von Waren waren im Jahresdurchschnitt 2025 rund 27.800 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Vergleich zum Jahr 2022 ist dies ein Anstieg um rund 7.400 Personen bzw. um 36 Prozent, was die überdurchschnittliche Betroffenheit der Industrie verdeutlicht. Deutlich höhere Arbeitslosigkeit in dieser Branche gab es in den Jahren 2009, 2014–2016 und im Corona-Jahr 2020. In der Arbeitskräfteüberlassung waren 2025 26.700 Menschen in Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu vor der Rezession ist dies ein Anstieg um 1.622 Personen bzw. um 6 Prozent. In Summe sind somit rund 17 Prozent aller Arbeitslosen aus dem Industriebereich. Im Vergleich zur Vergangenheit ist dieser Anteil im Österreichschnitt sogar rückläufig.

Abbildung 7:
Arbeitslose in Österreich nach Branchen



Quelle: AMIS Arbeitsmarktinformationssystem, eigene Darstellung

Eine Analyse des AMS (2025) hat gezeigt, dass es im Speziellen der Automotivsektor ist, der vom Wirtschaftseinbruch betroffen ist. Der Befund reicht bis zum 1. Halbjahr 2025. Der Bestand an arbeitslosen Personen im gesamten Automotivsektor stieg im 1. Halbjahr 2025 um fast 50 Prozent (gegenüber dem 1. Halbjahr 2024), die Arbeitslosenquote lag bei 5,6 Prozent, was dasselbe Niveau wie 2009 ist. Im Jahresdurchschnitt 2024 lag die Arbeitslosenquote im Automotivsektor bei 3,8 Prozent – also 1,8 Prozentpunkte niedriger als im 1. Halbjahr 2025. Hinzu kommt eine regionale Konzentration des Automotivsektors. Über 70 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse im Automotivsektor entfielen im 1. Halbjahr 2025 auf die Bundesländer Oberösterreich mit rund 12.700 und die Steiermark mit 11.600 unselbständig Beschäftigten (AMS 2025).

5.1 Regionale Unterschiede

Die regionale Konzentration zeigt sich ebenfalls in der Struktur der Arbeitslosigkeit. Den höchsten Anteil der Arbeitslosen aus der Industrie mit knapp 29 Prozent hat das Bundesland Oberösterreich. Hier sind 16,4 Prozent der Arbeitslosen aus dem Bereich Herstellung von Waren. Dies ist ein Anstieg um 3,1 Prozentpunkte seit dem Jahr 2022 und einer der höchsten Werte seit dem Jahr 2008. Lediglich in den Jahren 2009 und 2010 war der Anteil der Arbeitslosen aus diesem Bereich höher. Anders gestaltet sich die Entwicklung in der Arbeitskräfteüberlassung. Diese Branche verantwortet 12,4 Prozent der Arbeitslosen in Oberösterreich im Jahr 2025. Dies ist der geringste Wert seit dem Jahr 2008, was aber mit Vorsicht zu genießen ist, weil die Gesamtanzahl an Arbeitslosen seit 2023 deutlich zugenommen hat, was sich entsprechend auf die Anteile auswirkt.

Oberösterreich ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil an Arbeitslosen aus der Industrie

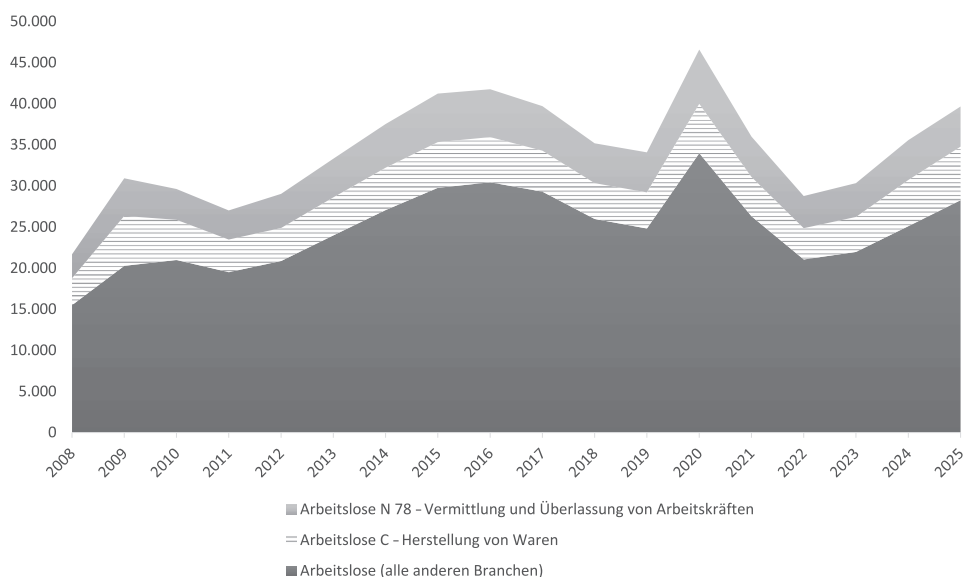
Den zweithöchsten Anteil an Industriearbeitslosen hat das Bundesland Vorarlberg mit 24,5 Prozent. Vorarlberg ist von der aktuellen Rezession jedoch nicht so betroffen wie Oberösterreich. Der Anteil der Industriearbeitslosen ist im Vergleich zu 2022 nur marginal um 0,3 Prozentpunkte gestiegen – ähnlich in der Steiermark, wo der Anteil der Industriearbeitslosen seit 2022 in etwa gleichgeblieben ist. Absolut gab es zwar einen Anstieg der Arbeitslosen in der Industrie um ca. 1.800 Personen, jedoch ist auch die Gesamtarbeitslosigkeit in der Steiermark deutlich gestiegen.

Den niedrigsten Anteil an Industriearbeitslosen mit nur 11,9 Prozent hat das Bundesland Wien und dies kann auf einen Strukturwandel hindeuten. Es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass hier nur die Arbeitslosen berücksichtigt sind, die in Wien wohnhaft sind. Wien weist gleichzeitig einen hohen Anteil an Einpendler:innen auf, die in der Arbeitslosenstatistik von Wien nicht aufscheinen. Im Vergleich zum Jahr 2022 ist die Arbeitslosigkeit in Wien absolut um fast 21.000 Personen gestiegen. Die Anzahl der Arbeitslosen im Bereich Herstellung von Waren ist in Wien lediglich um 900 Personen und in der Arbeitskräfteüberlassung um 10 Personen gestiegen. Damit erscheint der Anteil der Industriearbeitslosen geringer, da die Gesamtarbeitslosigkeit in Wien stärker gestiegen ist.

*Rund 6.500
Arbeitslose in der
Industrie und rund
5.000 Arbeitslose in
der Arbeitskräfte-
überlassung leben
in Oberösterreich*

Aufgrund der hohen Betroffenheit von Oberösterreich wird auf dieses Bundesland noch mal detaillierter eingegangen. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren 11.401 Menschen aus der Industrie arbeitslos. Dies ist der höchste Wert im Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2008. Im Vergleich zum Jahr 2022 ist dies ein Anstieg um 3.678 Arbeitslose. Dies bedeutet, dass mehr als 40 Prozent des gesamten Anstieges der Industriearbeitslosigkeit im Bundesland Oberösterreich zu verzeichnen sind. Alleine in der Herstellung von Waren waren im Jahr 2025 6.503 Menschen in Oberösterreich arbeitslos. Dies ist absolut der höchste Wert aller Bundesländer. Rund jede:r fünfte Arbeitslose aus dem Bereich Herstellung von Waren lebt in Oberösterreich. Nicht ganz so stark ausgeprägt ist der Bereich Arbeitskräfteüberlassung mit 4.898 Arbeitslosen in Oberösterreich. Hier kam es seit 2022 zu einem Anstieg von rund 1.000 Personen bzw. 25 Prozent. Eine deutliche höhere Anzahl Arbeitsloser aus der Arbeitskräfteüberlassung weist mit 10.333 das Bundesland Wien auf. Interessanterweise gab es im Vergleich zu 2022 in der Arbeitskräfteüberlassung in Wien keinen Anstieg der Arbeitslosen. Offensichtlich ist die Arbeitskräfteüberlassung in Wien weniger in der Industrie tätig oder die Industrie in Wien war weniger von der Rezession betroffen.

Abbildung 8:
Arbeitslose in Oberösterreich nach Branchen



Quelle: AMIS Arbeitsmarktinformationssystem, eigene Darstellung

5.2 Sozialstruktur der Arbeitslosen in der Industrie

Sowohl arbeitsmarktpolitisch als auch in Hinblick auf die Entwicklung einer wirkungsvollen Industriestrategie erscheint eine nähere Betrachtung der Sozialstruktur der Industriearbeitslosen sinnvoll. In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass der Anteil an älteren Arbeitslosen in den Bereichen Herstellung von Waren (36,3 Prozent) und in der Arbeitskräfteüberlassung (37,8 Prozent) deutlich höher ist als der Durchschnitt aller Arbeitslosen.

Industriearbeitslosigkeit betrifft gehäuft ältere Arbeitnehmer

Der Anteil der Männer unter den Arbeitslosen aus der Arbeitskräfteüberlassung ist mit 75,5 Prozent deutlich höher als der Gesamtdurchschnitt. Ebenfalls einen sehr hohen Männer-Anteil findet man im Bereich Herstellung von Waren mit fast 69 Prozent.

Ein diverses Bild zeigt sich in Bezug auf die Bildung der Arbeitslosen. So ist der Anteil der Arbeitslosen mit keiner abgeschlossenen Schule oder maximal Pflichtschule deutlich geringer ist als der Durchschnitt aller Arbeitslosen, aber auch im Vergleich zur Arbeitskräfteüberlassung. Fast 40 Prozent der Arbeitslosen in der Herstellung von Waren haben eine Lehrausbildung abgeschlossen. 11 Prozent haben eine höhere Schule und 9 Prozent eine akademische Ausbildung abgeschlossen. Die Arbeitslosen in der Arbeitskräfteüberlassung weisen generell ein geringeres Bildungsniveau auf, wobei auch hier die Lehrausbildung überdurchschnittlich repräsentiert ist.

In Bezug auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich, dass der Ausländer:innenanteil in der Herstellung von Waren mit 30 Prozent unterdurchschnittlich ist. In der Arbeitskräfteüberlassung ist der Anteil an Arbeitslosen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft hingegen mit fast 45 Prozent deutlich über dem Durchschnitt von 40,6 Prozent.

Tabelle 1:
Sozialstruktur der Arbeitslosen nach Branchen

| Jahresdurchschnitt 2025 Österreich | Herstellung von Waren | | Arbeitskräfteüberlassung | | Alle Arbeitslose | |
|---------------------------------------|-----------------------|------|--------------------------|------|------------------|------|
| | absolut | in % | absolut | in % | absolut | in % |
| Alter | | | | | | |
| bis 24 Jahre | 2.705 | 9,7 | 2.524 | 10,1 | 34.034 | 10,7 |
| 25 bis 49 Jahre | 15.009 | 54,0 | 16.573 | 56,2 | 185.822 | 58,5 |
| 50 Jahre und älter | 10.105 | 36,3 | 7.603 | 37,8 | 97.684 | 30,8 |
| Geschlecht | | | | | | |
| Frauen | 8.685 | 31,2 | 6.540 | 24,5 | 138.882 | 43,7 |
| Männer u. altern. Geschlecht | 19.134 | 68,8 | 20.161 | 75,5 | 178.658 | 56,3 |
| Bildung | | | | | | |
| Keine abgeschlossene Schule | 1.068 | 3,8 | 2.167 | 8,1 | 19.684 | 6,2 |
| Pflichtschule | 9.228 | 33,2 | 12.682 | 47,5 | 120.179 | 37,8 |
| Lehrausbildung | 10.627 | 38,2 | 7.632 | 28,6 | 88.467 | 27,9 |
| Mittlere Ausbildung | 1.173 | 4,2 | 968 | 3,6 | 15.816 | 5,0 |
| Höhere Schule | 3.103 | 11,2 | 2.167 | 8,1 | 39.469 | 12,4 |
| Akademische Ausbildung | 2.505 | 9,0 | 1.047 | 3,9 | 32.781 | 10,3 |
| Ungeklärt | 114 | 0,4 | 36 | 0,1 | 1.144 | 0,4 |
| Staatsbürgerschaft | | | | | | |
| Inländer:innen | 19.479 | 70,0 | 14.746 | 55,2 | 188.583 | 59,4 |
| Ausländer:innen | 8.339 | 30,0 | 11.954 | 44,8 | 128.957 | 40,6 |
| Dauer der Arbeitslosigkeit | | | | | | |
| bis unter 3 Monate | 13.250 | 47,6 | 10.952 | 41,0 | 154.475 | 48,6 |
| 3 Monate bis unter 6 Monate | 5.978 | 21,5 | 5.645 | 21,1 | 64.682 | 20,4 |
| 6 Monate bis unter 1 Jahr | 4.976 | 17,9 | 5.179 | 19,4 | 53.584 | 16,9 |
| 1 Jahr und länger | 3.616 | 13,0 | 4.925 | 18,4 | 44.799 | 14,1 |

Quelle: AMIS Arbeitsmarktinformationssystem, eigene Darstellung

Keine (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt: Langzeitarbeitslosigkeit in der Arbeitskräfteüberlassung

Überraschend sind die Branchenunterschiede in Bezug auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. So ist der Anteil der Arbeitslosen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer unter drei Monaten in der Arbeitskräfteüberlassung, aber auch in der Herstellung von Waren niedriger als der Gesamtdurchschnitt. Die Annahme wäre gewesen, dass Arbeitslose in der Arbeitskräfteüberlassung relativ schnell wieder eine Arbeit finden und somit die Arbeitslosigkeitsdauer besonders kurz ist. Ganz im Gegenteil ist der Anteil der Arbeitslosen in der Arbeitskräfteüberlassung mit einer Arbeitslosigkeitsdauer zwischen sechs Monaten und unter einem Jahr (19,4 Prozent), aber auch bei einer Arbeitslosigkeitsdauer von einem Jahr und länger mit 18,4 Prozent deutlich

über dem Durchschnitt aller Arbeitslosen. Anzunehmen ist, dass die Reintegration in den Arbeitsmarkt in der Arbeitskräfteüberlassung vor allem im Konjunkturaufschwung funktioniert.

6. Industriestrategie als Lösung

6.1 Die Herausforderungen in der Industrie

Seit Sommer 2023 zeigte sich eine anhaltende Schwäche der österreichischen Industrie. Rückläufige Produktion, schrumpfende Auftragsbestände und wachsende Unsicherheiten prägten die Lage vieler Betriebe. Was zunächst als Reaktion auf einzelne externe Schocks erschien, hat sich zu einer breiter angelegten Schwächephase entwickelt, die zentrale industrielle Wertschöpfungsbereiche erfasste. Im Verlauf des Jahres 2025 zeigten sich zwar vereinzelt leichte Erholungen, die Entwicklung blieb jedoch volatil sowie regional und branchenbezogen uneinheitlich.

Insgesamt ergibt sich ein komplexes Bündel an Herausforderungen. Schwache Nachfrage, hohe Energie- und Finanzierungskosten sowie ausbleibende Investitionen mit negativen Folgen für die Produktivitätsentwicklung greifen ineinander. Hinzu kommen Technologierückstände in wichtigen Leitbranchen (etwa in der deutschen Automobilindustrie) und protektionistische Maßnahmen, die den internationalen Wettbewerbsdruck weiter erhöhen. Die Herausforderungen unterstreichen die Notwendigkeit eines gut ausgearbeiteten Industrieplans.

6.2 Die Industriestrategie Österreich 2035

Mit der Industriestrategie Österreich 2035 (BMIMI 2026) liegt erstmals seit Jahren wieder ein umfassendes industriepolitisches Grundsatzpapier einer Bundesregierung vor. Das war höchst an der Zeit, denn in den vergangenen Jahren hat sich deutlich gezeigt, dass unkoordinierte Einzelmaßnahmen der Wirtschaftspolitik teuer und ineffektiv sind. Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert schon seit langem „eine Industriestrategie, die Infrastruktur, Bildung und Forschung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik in einem Zukunftskonzept vereint“ (Heindl 2021).

*Ambitionierte Ziele
brauchen konkrete
Instrumente*

Die Strategie formuliert ambitionierte Ziele: Österreich soll bis 2035 zu den Top 10 der wettbewerbsfähigsten OECD-Volkswirtschaften zählen. Der Industrieanteil an der Wirtschaftsleistung soll von derzeit rund 16,9 Prozent auf über 20 Prozent steigen. Das ist ein klares industriepolitisches Bekenntnis – allerdings ohne ausreichend darzulegen, mit welchen konkreten Instrumenten dieses Ziel realistisch erreicht werden soll.

Insgesamt umfasst das Papier 114 Maßnahmen. Viele davon bleiben jedoch auf der Ebene von Absichtserklärungen. Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer hat bei der Präsentation anerkannt, dass Österreich kein Niedriglohnland ist und seine Stärken vor allem in Forschung, Innovation und Export liegen. Gleichzeitig räumte er ein, dass bestimmte Industriezweige langfristig schwer in Österreich zu halten sein werden. Zu diesen Branchen zählen für ihn unter anderem die Papier- und die Textilindustrie (ORF 2026). Wie die Beschäftigten in den betroffenen Bereichen abgesichert werden sollen, ließ er dabei offen – auch in der Industriestrategie bleibt diese Frage ungeklärt.

Die Strategie definiert konkret sechs zentrale Zielbereiche:

- **Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit:** Die Bundesregierung will Energie-, Bürokratie- und Lohnnebenkosten senken. Ein konkreter Pfad dafür fehlt noch. Fest steht die Ankündigung eines Industriestrompreises ab 2027.
- **Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit in und mit Europa:** Österreich soll die Chancen der EU-Handelspolitik besser nutzen.
- **Erhöhung von Leistungsfähigkeit und Innovationskraft:** Förderung von Forschung, Entwicklung und Weiterbildung in neun Schlüsseltechnologien
- **Ausbau der wirtschaftlichen Resilienz:** Ein „patriotisches Vergaberecht“ soll nationale und europäische Betriebe bevorzugen; zudem soll der Zugang zu kritischen Rohstoffen gesichert und die digitale Souveränität (z. B. Rechenzentren) ausgebaut werden.

- **Stärkung nachhaltiger und zirkulärer Produktion:** Kreislaufwirtschaft und Ausbau erneuerbarer Energien werden befürwortet.
- **Entwicklung des Fachkräftepotenzials:** Neue Lehrberufe, Weiterbildung und qualifizierte Zuwanderung (Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte)

Ein zentraler Baustein der Industriestrategie ist die Definition von neun Schlüsseltechnologien, in die bis 2029 rund 2,6 Milliarden Euro aus dem FTI-Pakt fließen sollen: Genannt sind künstliche Intelligenz und Dateninnovation, Chips und Halbleiter, fortgeschrittene Produktions- und Robotiktechnologien, Quantentechnologie und Photonik, neue Werkstoffe, Life Sciences und Biotech sowie Energie-, Umwelt-, Mobilitäts-, Weltraum- und Luftfahrttechnologien (ORF 2026).

*Definition von
neun Schlüssel-
technologien*

Die vorgesehenen Mittel zur Förderung von Schlüsseltechnologien kommen ausschließlich der Förderung von Forschung und Entwicklung zugute. Die angekündigten 2,6 Milliarden Euro bis 2029 stellen dabei keinen großen Betrag dar. Dies wird im Vergleich mit den bisherigen öffentlichen Fördermitteln für Forschung und Entwicklung deutlich: Allein über die bestehenden Programme der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) wurden im Jahr 2024 öffentliche Mittel in Höhe von 1,23 Milliarden Euro vergeben. Damit wurde in nur einem Jahr im Rahmen der FFG-Programme fast die Hälfte jener Mittel bereitgestellt, die bis 2029 für Schlüsseltechnologien vorgesehen sind. Auch in bestehenden Programmen, etwa bei der FFG, zählen viele der nun genannten Schlüsseltechnologien bereits seit Jahren zu den Förderschwerpunkten. Es handelt sich daher weniger um eine tatsächliche Neuausrichtung. Entsprechend sind kurzfristig weder beachtliche Innovationsimpulse noch eine breite industrielle Dynamik allein daraus zu erwarten.

Als relevante industriepolitische Maßnahme wird der geplante Industriestrompreis von 5 Cent/kWh ab 2027 dargestellt. Er soll stromintensive Betriebe entlasten, gilt aber nur für 50 Prozent des Verbrauchs und richtet sich an die größten Stromverbraucher. Das ist eine relativ kleine Gruppe von Betrieben. Vom Stromkostenausgleichsgesetz (SAG) profitierten zuletzt 44 Unternehmen; unter Berücksichtigung von Konzernzugehörigkeiten reduziert sich die Zahl auf 33 (BMK 2024).

Durch die Maßnahme bleiben die Stromkosten für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Betriebe mit hohem Energiebedarf in anderer Form (z. B. Gas) unberührt. Die gesamtwirtschaftliche Wirkung des Industriestrompreises ist unklar – belastbare Studien dazu fehlen (Szigetvari 2026). Damit wird ein kostenintensives Instrument (rund 250 Millionen Euro pro Jahr) eingeführt, ohne sicher zu wissen, ob es Beschäftigung sichert, Investitionen auslöst oder lediglich bestehende Strukturen subventioniert.

Eine gravierende Schwäche der Industriestrategie ist das Fehlen einer integrierten Just-Transition-Strategie. Zwar betont die Strategie die „Triple Transition“ – ökologisch, digital und sozial –, doch konkrete Konzepte für einen gerechten Übergang fehlen. Offen bleibt, wie vor dem Hintergrund der mehrfachen Transformation langfristig Beschäftigung sowie Qualifizierung gesichert und finanziert werden können. Ebenso unklar ist, wie besonders betroffene Regionen unterstützt werden.

Die Industriestrategie ist derzeit vor allem ein Katalog von Vorhaben und Absichtserklärungen

Die Industriestrategie ist derzeit vor allem ein Katalog von Vorhaben und Absichtserklärungen. Was fehlt, sind konkrete, zeitlich und finanziell unterlegte Roadmaps mit klar definierten Meilensteinen, Zuständigkeiten und Evaluationskriterien. Damit bleibt unklar, wie die formulierten Ziele tatsächlich erreicht und wie der notwendige Strukturwandel aktiv gesteuert werden soll. Im Gegensatz dazu verfügt etwa die Industriestrategie der Labour-Regierung in Großbritannien über konkrete Fahrpläne sowie Sektorpläne für mehrere prioritäre Industriesektoren (The UK's Modern Industrial Strategy 2025).

6.3 Österreich braucht eine High-Road-Industriestrategie

Wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, enthält die Industriestrategie 2025 viele sinnvolle Ziele, setzt zur Zielerreichung aber stark auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Förderpolitik und Kostenentlastung für Unternehmen. Eine konsistente High-Road-Industriestrategie (Schratzenstaller 2015), wie sie für die hoch entwickelte, kleine, offene Volkswirtschaft Österreich adäquat erscheint, ist sie noch nicht. Dies müsste folgende Eckpunkte umfassen:

Ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien als zentraler Standortfaktor

Eine zukunftsgerichtete Industriepolitik setzt eine verlässliche, leistbare und klimaneutrale Energieversorgung voraus. Der beschleunigte Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen, der Netzinfrastruktur sowie von Speicherlösungen – insbesondere Pumpspeichern – bildet die Grundlage für Investitionen in energieintensive Branchen und industrienaher Wertschöpfung. Verbindliche Ausbaupfade geben Staat, Netzbetreibern und Energieerzeugern klare und rechtlich abgesicherte Vorgaben für Tempo und Umfang des Ausbaus. Zusammen mit langfristigen Stromabnahmeverträgen und Kapazitätsmechanismen schaffen sie Planungssicherheit, machen den Umstieg von kohlenstoffbasierter Energie auf die Elektrifizierung industrieller Produktionsprozesse kalkulierbar und verwandeln Energie von einem Kostenrisiko in einen strategischen Wettbewerbsvorteil. Mit den richtigen energiepolitischen Maßnahmen wird die Standort- und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie tatsächlich gestärkt. Einer möglichen Produktionsverlagerung ins Ausland kann auf diesem Weg entgegengewirkt werden und das Erreichen der gesteckten Klimaziele wird realistischer.

Planungssicherheit für Umstieg auf Elektrifizierung industrieller Produktionsprozesse schaffen

Aktive und zielgerichtete Investitionen der öffentlichen Hand – Transformationsfonds

Der Staat setzt glaubwürdige Nachfragesignale durch gezielte Investitionsprogramme. Infrastrukturprojekte wie Energie-, Verkehrs- und Digitalinfrastruktur stärken die Gesamtwirtschaft und können auch KMU (kleine und mittlere Unternehmen) neue Marktchancen und Wachstumswege eröffnen. Eine wichtige Rolle für die industrielle Entwicklung kann ein staatlicher Transformationsfonds einnehmen, der über reine Förderungen hinausgeht und sich strategisch an Unternehmen beteiligt – sei es an etablierten Schlüsselunternehmen oder an (jungen) Unternehmen, die das Potenzial haben, solche zu werden. Transformationsprozesse sind mit öffentlichen Zuschüssen allein nur begrenzt steuerbar. Mit öffentlichen Beteiligungen hingegen ist eine langfristige Einflussnahme auf Standort-, Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen möglich. Weiters wird dadurch die Teilhabe der Allgemeinheit an Wertsteigerungen von Unternehmen gewährleistet und es kommt zu einer fairen Verteilung von Risiken und Erträgen. So werden öffentliche Mittel wirksamer eingesetzt und industriepolitische Ziele besser erreicht als durch eine reine Förderlogik (Mazzucato & Schäfer 2023).

Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hin zu einer Politik der Ermutigung und Förderung

Neues Fachkräfte-stipendium für soziale Absicherung der industriellen Transformation

Soziale Verankerung und gute Arbeit

Produktivitätsgewinne sind nur dann nachhaltig, wenn sie in faire Einkommen, stabile Beschäftigung und Aufstiegschancen münden. Industriepolitik muss daher eng mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verzahnt sein. Zentrales Instrument ist neben einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik (Lichtenberger et al. 2024) eine aktive Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik. Neben Kurzarbeit und Stiftungsmodellen für Menschen, die von Arbeitsplatzverlust betroffen sind, geht es vor allem auch um eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die erfolgreichen Industriebetrieben verlässlich gut qualifizierte Arbeitskräfte vermittelt und bei der Weiterbildung von Beschäftigten sowie von Arbeitssuchenden unterstützt (Marterbauer 2025). Dafür wird es eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des AMS benötigen. Es braucht eine Arbeitsmarktpolitik weg von der Angst und den Sanktionen hin zu einer Arbeitsmarktpolitik des Mutes und der Förderung. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel und dafür, dass die Menschen sich auf Veränderungsprozesse einlassen (Moser & Tamesberger 2025). Hierfür wird das AMS mehr Budget und mehr Personal benötigen. Es sollte aber auch über neue Instrumente nachgedacht werden, die für die sozial-ökologische Transformation als zweckmäßig erscheinen. Ein neues Fachkräftestipendium, das Arbeitnehmer:innen mit Weiterbildungsbedarfen im aufrechten Dienstverhältnis, aber auch Arbeitssuchende finanziell absichert könnte hierfür entwickelt werden. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sollte die spezifische Sozialstruktur von Industriebeschäftigten berücksichtigen und auf Lebensstandard- und Statuserhalt abzielen. So wird industrielle Transformation sozial abgesichert und gesellschaftlich mitgetragen.

Forschung und Innovation als Kern der Strategie

High-Road-Industriepolitik setzt auf Wissen, Qualifikation und Innovationsfähigkeit entlang ganzer Wertschöpfungsketten. Missionsorientierte Forschungsprogramme, stabile Finanzierungswege von der Grundlagenforschung bis zur industriellen Skalierung, starke Technologietransferstrukturen sowie enge Kooperationen zwischen Hochschulen und Betrieben sind dafür zentral. Förderinstrumente sollen nicht nur Forschungsaktivitäten, sondern insbesondere auch Marktreife, Skalierbarkeit und Beschäftigungswirkungen von Innovationen adressieren. In einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie

Österreich müssen begrenzte Ressourcen gezielt eingesetzt werden: Statt flächendeckender öffentlicher Förderungen sind klare Prioritäten nötig. Durch Konzentration von Wissen, enger Kooperation zwischen Forschung, Wirtschaft und Staat sowie gezielte Förderung lässt sich eine kritische Masse für marktfähige Innovationen erreichen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit auch kleiner Nischenakteure sichern.

Strategische öffentliche Nachfrage und Beschaffung

In Österreich belaufen sich öffentliche Aufträge auf rund 70 Milliarden Euro jährlich (in etwa ein Achtel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage) und bieten ein wichtiges Gestaltungsinstrument für Industrie, Innovation und Arbeitsplätze (Soder & Wixforth 2025). Öffentliche Beschaffung und Daseinsvorsorge stärken die inländische Wertschöpfung, wenn Vergaben gezielt auf heimische und europäische Anbieter ausgerichtet werden. Dazu sollten das Billigstbieterprinzip überwunden und stattdessen soziale, ökologische, regionale sowie qualitative Kriterien (Knock-out-Prinzip) berücksichtigt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe profitieren besonders, wenn KMU durch geeignete Losbildung, vereinfachte Verfahren und transparente Ausschreibungen gefördert werden. Durch die Verknüpfung von Vergabekriterien mit Förderprogrammen für Digitalisierung und Klimaschutz können KMU die Anforderungen erfüllen, ihre Prozesse modernisieren und ihre Marktchancen verbessern.

*Regionale
Wirtschaftskreis-
läufe und soziale
wie ökologische
Kriterien*

7. Fazit

Nach fast drei Jahren Rezession, die vor allem den Industriesektor traf, hat sich dieser Artikel den Folgen am Arbeitsmarkt gewidmet. Dabei wurde den Fragen nachgegangen, wie sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Industrie entwickelt haben und ob es relevante regionale Unterschiede gibt.

Im Vergleich zum Jahr 2022 sind in der Herstellung von Waren 13.000 Jobs verloren gegangen, was volkswirtschaftlich problematisch ist, da dies häufig gut bezahlte und qualifizierte Jobs sind. In der Arbeitskräfteüberlassung ist die Betroffenheit noch größer, da hier um rund 27.000 Arbeitnehmer:innen weniger beschäftigt sind. Die Analyse hat aber auch gezeigt, dass der Beschäftigungsverlust im Gefolge der

Finanzkrise 2008 deutlich markanter war und dass die Sachgüterproduktion kein Auslaufmodell in Österreich ist.

Aktuelle Insolvenzen auf Managementfehler zurückzuführen

Bei wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren für den Bereich der Herstellung von Waren verursacht die Rezession (2022–2025) einen markanten Dämpfer, der allerdings nicht ausgeprägter ist als jener in der Finanzkrise 2008/09. Die aktuellen Insolvenzen sind eher auf Managementfehler (KSV 2025) oder Sondersituationen in einzelnen Marktsegmenten zurückzuführen als auf einen generellen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich.

Die Arbeitslosigkeit im Bereich Herstellung von Waren ist im Vergleich zum Jahr 2022 um rund 7.400 Personen gestiegen. Auch hier zeigt sich, dass dies längerfristig kein Höchst- oder Extremwert ist. In der Arbeitskräfteüberlassung ist die Arbeitslosigkeit im Zeitraum 2022 bis 2025 um rund 1.600 Personen gestiegen. Vergleicht man den Beschäftigungsrückgang mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, wird deutlich, dass ehemalige Industriearbeiter:innen in anderen Branchen eine Wiederbeschäftigung gefunden haben oder „out of labour force“ (siehe dazu Bacher et al. 2022) sind, z. B. Weiterbildungen machen oder auch in die Pension gewechselt sind.

Industrieära in Oberösterreich geht weiter

Regional zeigen sich folgende Unterschiede: Rezessionsbedingt sind ca. 30 Prozent aller Industriebeschäftigten, die seit 2022 verloren gegangen sind, in Oberösterreich zu verzeichnen. Für ein Ende der Industrieära in Oberösterreich gibt es jedoch keine Anzeichen. Eine ähnliche Entwicklung wie Oberösterreich zeigt sich in Vorarlberg und der Steiermark. Eine stetige positive Entwicklung, die sogar bis 2024 anhielt, verzeichnete die Tiroler Warenherstellung: Sowohl Beschäftigung als auch Arbeitsvolumen liegen deutlich über dem Niveau von 2008. In Wien hingegen sind die Industrie-Beschäftigung und auch das Arbeitsvolumen nahezu kontinuierlich über den Beobachtungszeitraum gesunken. Markanter sind die regionalen Unterschiede in Bezug auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Mehr als 40 Prozent des gesamten Anstieges der Industriearbeitslosigkeit sind in Oberösterreich zu verzeichnen. Rund jede:r fünfte Arbeitslose aus dem Bereich Herstellung von Waren lebt in Oberösterreich. Den zweithöchsten Anteil an Industriearbeitslosen hat das Bundesland Vorarlberg. Vorarlberg ist von der aktuellen Rezession jedoch nicht so betroffen wie Oberösterreich – ähnlich wie die Steiermark, wo der Anteil der

Industriearbeitslosen seit 2022 in etwa gleichgeblieben ist. Den niedrigsten Anteil an Industriearbeitslosen hat das Bundesland Wien.

Die Bundesregierung hat auf diese Entwicklung nun mit einer umfassenden Industriestrategie (BMIMI 2026) reagiert. Was jedoch fehlt, sind konkrete Umsetzungspläne mit konkreten Maßnahmen und Meilensteinen sowie eine verbindliche Verknüpfung mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Instrumenten. Die Industriestrategie 2035 ist ein notwendiger erster Schritt, bleibt aber deutlich hinter dem Anspruch zurück, einen konkreten und sozial ausgewogenen Transformationspfad vorzugeben. Sie setzt stark auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Förderpolitik und Kostenentlastung für Unternehmen, vernachlässigt jedoch die Perspektive der Beschäftigten und die soziale Gestaltung des Strukturwandels.

Aus unserer Sicht sollte sich die Industriestrategie 2035 stärker an einer High-Road-Strategie für Österreich orientieren. Im Zentrum stehen ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien, zielgerichtete Investitionen der öffentlichen Hand, eine strategische öffentliche Beschaffung, Forschung und Innovation sowie die soziale Verankerung von Produktivitätsgewinnen und gute Arbeit. Die Wirksamkeit dieser fünf Aktionsfelder hängt entscheidend von einer kohärenten Verantwortungs- und Steuerungsarchitektur ab. Erforderlich sind missionsorientierte Strukturen, in denen Staat, Unternehmen, Beschäftigtenvertretungen und Wissenschaft systematisch zusammenarbeiten. Diese Gremien brauchen klare Mandate, sollen sektorale Transformationsziele festlegen und deren Umsetzung entlang verbindlicher Zeit-, Investitions- und Umsetzungspfade begleiten.

Österreich braucht eine High-Road-Industriestrategie

Die Umsetzung einer High-Road-Industriestrategie erfordert politische Durchsetzungsfähigkeit. Der Umbau von Energie-, Industrie- und Wertschöpfungssystemen ist mit Zielkonflikten verbunden und stößt auf Widerstände etablierter Interessen. Staatliche Industriepolitik muss daher mutig und gestaltend wirken – durch klare Prioritätensetzung und Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte.

Anmerkungen

- 1 Der AK-Branchenreport der Metallindustrie 2025 zeigt, dass österreichweit 79 Prozent der untersuchten Betriebe im vergangenen Geschäftsjahr einen positiven operativen Gewinn und unter Berücksichtigung von Finanz- und Beteiligungserträgen einen Gesamtgewinn von 2,7 Milliarden Euro erzielten (AK 2025).

Literatur

- » AK (2025): Branchenreport. Metallindustrie 2025, [online] Branchenanalyse_Metall_gesamt_2025.pdf [abgerufen am 22.01.2026].
- » AMS (2025): AMS-Spezialthema Juli 2025. Automotive – eine Branche im Umbruch, [online] 001_spezialthema_0725.pdf [abgerufen am 08.01.2026].
- » Bacher, Johann / Broederbauer, Sandra / Pilgerstorfer, Thomas / Tamesberger, Dennis (2022): Die Stille Reserve in Österreich – ein ungenütztes Arbeitskräftepotenzial, in: Momentum Quarterly 11/3, S. 143–163.
- » BMIMI (2026): Industriestrategie Österreich 2035: Gemeinsam Zukunft Produzieren, [online] Industriestrategie Österreich 2035: Gemeinsam Zukunft Produzieren [abgerufen am 22.01.2026].
- » BMK (2024): Bericht zum Stromkosten-Ausgleichsgesetz 2022, Anhang II, [online] https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/III/1213/imfname_1652863.pdf [abgerufen am 22.01.2026].
- » Government of the United Kingdom, Department for Business and Trade (2025): The UK's Modern Industrial Strategy, [online] <https://www.gov.uk/government/publications/industrial-strategy>.
- » Gumbrecht, Daniela (2016): Arbeitslos ist nicht gleich arbeitslos. Internationale und nationale Definition von Arbeitslosigkeit in Österreich. Statistische Nachrichten 5/2016, S. 336–347.
- » Heindl, Nora (2021): „AKOÖ fordert Zukunftsinvestitionen statt dogmatischer Nullschulden-Politik“, in: Tips, 13.12.2021, [online] <https://www.tips.at/nachrichten/ooe/blaulicht/553577-akooe-fordert-zukunftsinvestitionen-statt-dogmatischer-nullschulden-politik> [abgerufen am 5.2.2026].
- » ILO (2025): ILOSTAT Database, Employment by economic activity (Manufacturing), [online] <https://ilostat.ilo.org/data/> [abgerufen am 22.01.2026].
- » Kowall, Nikolaus (2024): Raus aus der Globalisierungsfalle. Wie wir die sozial-ökologische Transformation schaffen. Wien.
- » KSV (2025): „Knapp zwei Drittel der Pleiten gehen auf das Konto des Managements“ (Presseaussendung 15.7.2025), [online] KSV1870_Insolvenzursachen_Unternehmen_2024 [abgerufen am 26.1.2026].
- » Lichtenberger, Andreas / Heimberger, Philipp / Arsenev, Aleksandr / Gökten, Meryem (2024): Vollbeschäftigung: Theorie, Empirie und Policy-Programme. WIIW Forschungsbericht 28. Wien.
- » Marterbauer, Markus (2025): Österreichs Industrie: Wie es nach jahrzehntelanger Erfolgsstory zur Rezession kam, [online] <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession> [abgerufen am 11.12.2025].
- » Mazzucato, Mariana / Schäfer, Ursel (2023): Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. Frankfurt/New York.

- » Moser, Rudolf / Tamesberger, Dennis (2025): *Ist die Industrie tot?*, [online] <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Ist-die-Industrie-tot> [abgerufen am 11.12.2025].
- » ORF (2026): *Regierungspaket für schwächelnde Industrie*, [online] <https://orf.at/stories/3417320/> [abgerufen am 22.01.2026].
- » Produktivitätsrat (2025): *Produktivitätsbericht 2025*. Wien, [online] <https://www.produnktivaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2025001.html>.
- » Rauscher, Hans (2025): *„Industrieproduktion in Europa ist tot“*. Kampfansagen aus verschiedenen Ecken des Globalen Südens, in: *DerStandard*, 5.9.2025.
- » Schratzenstaller, Margit (2015): *Eine „High-Road“-Strategie für ein besseres Europa*, [online] <https://www.wifo.ac.at/publication/66712/> [abgerufen am 22.01.2026].
- » Soder, Michael / Wixforth Susanne (2025): *Der Staat schafft an: öffentliche Beschaffung und Leitmärkte als industriepolitisches Instrument*, [online] <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oeffentliche-Beschaffung-und-Leitmaerkte> [abgerufen am 22.01.2026].
- » Szigetvari, András (2026): *Geschenk an Unternehmer oder Turbo für Jobs und Standort: Was kann der Industriestrompreis?* *Der Standard*, 14.01.2026, [online] <https://www.derstandard.at/story/3000000304114/geschenk-an-unternehmer-oder-turbo-fuer-jobs-und-standort-was-kann-der-industriestrompreis> [abgerufen am 22.01.2026].